



17/1/5-H69

In Sicherheit leben.

**Wahlplattform für die
Bürgerschaftswahl 1978.**

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	<u>Seite</u>
VORWORT	1
I) MEHR ARBEITSPLÄTZE DURCH EINE GESUNDE WIRTSCHAFT	5
- Arbeitsplätze	
- Mittelstand	
- Energie	
- Wirtschaftsförderung	
- Hafen	
II) ZUKUNFTSCHANCEN DER JUNGEN GENERATION	9
- Schule	
- Berufliche Bildung	
- Hochschule	
- Jugend und Familie	
- Sport	
III) AUSBAU UND SICHERUNG DES DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAATES	22
- Innere Sicherheit	
- Verfassungsschutz	
- Justiz	
- Strafvollzug	
- Öffentlicher Dienst	
- Bezirksverwaltung	
IV) SOZIALE GERECHTIGKEIT - DIENST AM MENSCHEN	29
- Ältere Mitbürger	
- Behinderte	
- Flüchtlinge und Aussiedler	

V O R W O R T

	<u>Seite</u>
V) BEDARFSGERECHTE GESUNDHEITSPOLITIK	32
VI) WOHNEN IN EINER MENSCHLICHEN STADT	33
- Wohnungsbau	
- Stadtentwicklung	
- Kultur	
- Verkehr	
- Umweltschutz	
VII) SOLIDE ÖFFENTLICHE FINANZEN	42

Die Bürger Hamburgs treffen im Frühjahr 1978 eine Entscheidung, die für die Zukunft unserer Stadt, die für uns alle von großer Bedeutung ist.

Die Hamburger Bürgerschaftswahl ist die erste Wahl für ein Landesparlament nach der Bundestagswahl. Das Ergebnis wird diesmal eine große Wirkung - auch für die Bundespolitik - haben. Größer noch als vor vier Jahren: 1974 hatte der Erfolg der Hamburger CDU den Anfang einer Kette von Unionserfolgen bei Länderwahlen gebildet.

Diese Erfolgsserie hat den Unionsparteien eine klare Mehrheit im Bundesrat gebracht. Die CDU ist seither wieder die stärkste politische Kraft in unserem Lande - auch wenn SPD und FDP in Bonn und in Hamburg regieren.

Am 4. Juni haben Hamburgs Bürger die Chance, eine Wende in der deutschen Politik herbeizuführen. Eine Wende, die uns endlich neue, kraftvollere Regierungen bringen soll, im Juni an der Elbe - und später auch in Bonn. Denn SPD und FDP haben sich in der Regierungsverantwortung verbraucht; sie müssen abgelöst werden. Die Spuren ihrer Unfähigkeit finden sich in allen Bereichen:

In der Regierungszeit von SPD und FDP haben mehr als eine Million Mitbürger das schwere Schicksal der Arbeitslosigkeit erleiden müssen; immer mehr junge Menschen bangen um ihre Zukunftschancen.

Auch für die als Rentenbetrug an unseren älteren Mitbürgern bezeichnete und immer noch besorgniserregende Entwicklung der Sozialversicherung tragen die beiden Parteien die Verantwortung.

Mit der Herausforderung durch Terrorismus und steigende Kriminalität sind SPD und FDP nicht fertig geworden. Allzu lange wurde das Ausmaß der Gefahr verharmlost, die Konsequenzen für die Sicherheit unserer Bürger nur zögernd und halbherzig gezogen.

Millionen an Steuergeldern haben die Regierungsparteien für Propaganda rechtswidrig eingesetzt, nur um an der Macht zu bleiben. Auf Antrag der CDU stoppte das Bundesverfassungsgericht Ausgaben, sonst wären weitere Millionen an Steuergeldern verschleudert worden.

Das Versagen der Koalitionsparteien wird in Hamburg besonders deutlich. Seit mehr als zwei Jahrzehnten bestimmen sie die Politik des Senats. Das Augenmaß für die wirklichen Sorgen der Bürger haben sie inzwischen längst verloren. Sie sind nicht mehr in der Lage, die Existenzprobleme unserer Stadt zu bewältigen. Innerparteilicher Streit und ständige Konflikte in der Koalition lähmen darüber hinaus den Senat.

Nach wie vor mißbraucht vor allem die SPD die vom Wähler verliehene Macht dazu, ihre Parteibuchwirtschaft in der öffentlichen Verwaltung auszubauen und einseitig ideologische Ziele zu verfolgen. Innerparteilicher Streit und ständige Konflikte in der Koalition lähmen darüber hinaus die Regierung.

ARBEITSPLÄTZE

Seit Jahren wird der Wirtschaftsplatz Hamburg ausgezehrt: Zehntausende von Stellen sind bereits durch die Abwanderung von Betrieben ins Umland verlorengegangen; die Ansiedlung neuer Wirtschaftszweige wurde vernachlässigt; Hamburgs Industrie wurde mit ihren schweren Sorgen allein gelassen; immer mehr Unternehmen mußten aufgeben.

Die Folge: Wachsende Arbeitslosigkeit.

Besonders bedrückend dabei: Für viele Jugendliche führt der Weg anstatt ins Berufsleben in die bittere Erfahrung der Arbeitslosigkeit.

ZUKUNFTSCHANCEN DER JUNGEN GENERATION

Auch das Hamburger Schulwesen steckt seit mehr als einem Jahrzehnt in der Krise: Tag für Tag fallen ungezählte Unterrichtsstunden aus, Hunderte von Klassen sind überbelegt. Dadurch werden die Bildungschancen unserer Kinder schwer beeinträchtigt.

Anstatt diese unhaltbaren Zustände zu bekämpfen, hat der SPD/FDP-Senat die Hamburger Schulen zum Experimentierfeld linker Ideologen gemacht. Sein Ziel ist die Zerschlagung des gewachsenen, nach Begabung und Neigung gegliederten Schulsystems; sein Ziel ist die Einführung der sozialistischen Einheitsschule. Die Förderung der individuellen Fähigkeiten und Neigungen unserer Kinder bleibt auf der Strecke.

Hamburgs Bürger entscheiden im Juni, ob diese Mißstände bestehen bleiben, ob der Weg in die sozialistische Einheitsschule fortgesetzt werden soll.

Und wie sieht es an unseren Hochschulen aus? Linksradikale zerschlagen die Freiheit von Forschung und Lehre. SPD und FDP haben weder den Mut noch den Willen, diesen Terror zu bekämpfen. Viele Millionen Mark werden sinnlos vergeudet, weil die Universität immer wieder durch radikale Störaktionen lahmgelegt wird, und sie ihren Forschungs- und Lehrauftrag nicht mehr erfüllen kann.

Deshalb stimmen die Hamburger Bürger auch darüber ab, ob in unseren Hochschulen weiterhin rechtsfreie Räume existieren sollen, wo statt Recht Willkür herrscht, wo nicht studiert, sondern randaliert werden kann.

INNERE SICHERHEIT

In keinem anderen Bundesland sind so viele Kommunisten und andere Verfassungsfeinde im Staatsdienst tätig wie in Hamburg. Unsere schöne Stadt darf nicht zum Zentrum linksradikaler Anarchisten und Terroristen werden. SPD und FDP haben jahrelang unter dem Druck ihrer linken Parteibasis die Gefahren verharmlost und die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen des Staates vernachlässigt.

Die Polizei ist völlig überlastet. Sie hat viel zu wenig Personal und leidet unter ständigem Organisationswirrwarr.

Alleingelassen stehen die Beamten einer steigenden Verbrechensflut gegenüber. Die Aufklärungsquote sinkt von Jahr zu Jahr. Viele Verbrechen, die jeden einzelnen von uns bedrohen, können kaum noch verfolgt werden. Straftäter werden immer wieder ohne Urteil aus der Haft entlassen, weil die überlasteten Gerichte die Verhandlungen nicht mehr zeitgerecht ansetzen können.

Polizei und Justiz werden bei ihrer schweren Aufgabe, öffentliche Sicherheit und inneren Frieden zu gewährleisten, von den Koalitionspolitikern im Stich gelassen:

- Mißstände, die tief in die persönliche Freiheit eingreifen;
- Mißstände, die das Leben des Bürgers berühren;
- Mißstände, deren Beseitigung eine der Hauptaufgaben Hamburger Politik werden muß.

Doch dazu sind SPD und FDP - wie sich gezeigt hat - offenkundig nicht mehr fähig.

Die Hamburger SPD steht zunehmend unter dem Druck linksradikaler Systemveränderer, die ungehindert Volksfrontbündnisse mit Kommunisten eingehen können.

Das ideologische Bestreben der SPD, alles Heil beim Staat zu suchen und ihm noch mehr Macht, noch mehr Einfluß durch immer mehr Steuern und Abgaben zu verschaffen, zerstört die Leistungsbereitschaft der Bürger, den Leistungswillen unserer Gesellschaft.

Die Hamburger FDP ist unter ihrer derzeitigen Führung von einer liberalen zur linkslastigen Partei geworden: Sie fordert für Feinde unserer Gesellschaftsordnung Zugang zum Staatsdienst; sie betreibt die Aushöhlung des Verfassungsschutzes; ihre Haltung gegenüber den Zielen extremistischer Gruppen in der Hochschul- und Energiepolitik ist schwankend und oftmals sympathisierend. Die FDP hat ihre einstmals liberale Grundhaltung längst aufgegeben. Sie korrigiert nicht sozialistische Ideologien in der SPD, sondern verschärft sie vielfach.

Daher fühlt sich die CDU erst recht verpflichtet, die liberalen Traditionen Hamburgs zu wahren und fortzuentwickeln.

Für die CDU ist der Staat nicht Selbstzweck; seine wichtigste Aufgabe ist der Schutz der persönlichen Freiheit der Bürger. Soziale Gerechtigkeit und die Förderung des privaten Eigentums dienen diesem Ziel ebenso wie die Gewährung innerer Sicherheit und die Möglichkeit, die Fähigkeiten des einzelnen zu entfalten.

Hamburg braucht deshalb eine leistungsfähige, stabile Regierung mit klarem Ziel; eine Regierung, die dem Wohle aller Bürger verpflichtet ist und die mit neuen Ideen die schwierigen Zukunftsaufgaben unserer Stadt bewältigen kann.

Die CDU als Volkspartei der Mitte hat eine große Mannschaft unverbrauchter Kräfte, um eine bessere Politik für Hamburg zu beginnen.

MEHR ARBEITSPLÄTZE DURCH EINE GESUNDE WIRTSCHAFT

Handel, Schifffahrt, Industrie und Gewerbe haben Hamburgs Ruf als "Tor zur Welt" begründet. Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre gefährdet zunehmend das Ansehen des Wirtschaftsplatzes Hamburg.

Erstmals seit 20 Jahren ist das vorrangige wirtschaftspolitische Problem wieder: die Beseitigung der bedrückenden Arbeitslosigkeit.

Die CDU wird den Schwerpunkt ihrer Politik darauf legen, das Schicksal von 25.000 arbeitslosen Hamburgern zu wenden und für neue Arbeitsplätze zu sorgen.

Da Fachleute für die Jahre bis 1985 ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Hamburg bis zu 100.000 befürchten, wird ein von der CDU geführter Senat seine ganze Kraft auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren. Die ständigen Eingriffe des Staates in die unternehmerischen Entscheidungen durch Gesetze, Verordnungen, Erlasse werden abgebaut.

BESEITIGUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

ABBAU DES BÜROKRATISMUS

Hamburger Betriebe dürfen nicht länger durch staatliche Bürokratie in ihrer Wettbewerbsposition behindert werden. Hindernisse haben bereits zu alarmierenden Vorgängen beigetragen:

- seit 1965 Abwanderung und Schließung von 400 Betrieben,
- seit 1965 Verlust von 53.000 Arbeitsplätzen in Hamburg.

Die Aussichten für die Zukunft sind nicht besser:

- bis 1985 fehlen über 100.000 Arbeitsplätze in Hamburg,
- bis 1985 wird die Hamburger Wirtschaft geringer wachsen als im Bundesdurchschnitt.

Eine Kurskorrektur ist also dringend erforderlich. Ein CDU-Senat wird eine bessere Wirtschaftspolitik durchsetzen.

MEHR SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT

Orientierungspunkt der überfälligen Kurskorrektur ist die soziale Marktwirtschaft. Zieht sich der Staat auf seine eigentlichen Aufgaben - allgemeine Rahmensetzung und globale Wirtschaftspolitik - zurück, werden Eigeninitiative, Entscheidungskraft und Beweglichkeit wieder geweckt. Und diese Eigenschaften sind notwendig, um den Strukturwandel aktiv zu vollziehen; um seine Reibungs- und Wachstumsverluste möglichst gering zu halten.

Wichtige Aufgabe des Staates ist es daher, die Voraussetzungen für gut ausgebildete und mobile Arbeitnehmer zu schaffen. Eine gute Berufsausbildung muß auch gute Berufschancen ermöglichen; leistungsfeindliche Besteuerung darf den Lohn der Arbeit nicht abkassieren. Die Unternehmer müssen ermutigt werden, neue Produkte und verbesserte Techniken zu entwickeln. Markt und Wettbewerb müssen wieder eine angemessene Risikoprämie, den Ertrag, hergeben. Dieser darf nicht als Profit verteufelt werden.

Wettbewerbspolitik im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft bietet eine aussichtsreiche Basis für die Zukunft - eine auf erdrückende Steuern und Abgaben aufgebaute staatliche Beglückungspolitik nimmt alle Chancen für gute Jahre.

Wie aber kann die Zahl der Beschäftigten in Hamburg wieder gesteigert werden? Durch folgende Schritte:

MEHR ARBEITSPLÄTZE

- Abbau der Bürokratisierung und des Kompetenzwirrwars durch Gründung einer nach privatrechtlichen Grundsätzen betriebenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die schnell, verbindlich und unbürokratisch beraten und helfen kann.
- Bereitstellung von geeigneten Betriebsgrundstücken, die sowohl vom Preis als auch von der Größe her attraktiv sind.
- Neuordnung der Hamburg-Werbung durch Übertragung wichtiger Werbefunktionen auf privates, erfahrenes Management.
- Umstrukturierungshilfen für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze.
- Verpflichtung des Arbeitsamtes, die Teilzeitarbeit stärker in seine Beratung und Vermittlung aufzunehmen. Die Teilzeitarbeit ist notwendig und bietet bisher unausgeschöpfte Möglichkeiten.

ABBAU DER
ÜBERPROPORTIONALEN
FRAUENARBEITSLOSIGKEIT

- Das Arbeitsförderungsgesetz ermöglicht Maßnahmen der Aus- und Fortbildung sowie der Umschulung. Diese müssen aber endlich stärker auf die spezifischen Belange der berufstätigen Frau ausgerichtet werden.
- Mehr Angebote für eine berufliche Qualifizierung, z.B. an der Volkshochschule während der Zeit der erzwungenen Arbeitslosigkeit.
- Keine Benachteiligung der Frauen bei der Gewährung von Arbeitslosengeld für den Fall, daß sie dem Arbeitsamt nur bedingt zur Verfügung stehen.

MITTELSTAND

- Handwerksbetriebe sollen sich durch Teileigentum an Gewerbehöfen beteiligen können;
- Unterstützung eines Spar- und Kreditprogramms zur Förderung mittelständischer Betriebsgründungen;
- keine unkontrollierte Ausdehnung von Verbrauchermärkten;
- Ausbau der überbetrieblichen Beratung in personeller und materieller Hinsicht.

FÖRDERUNG NEUER
TECHNOLOGIEN

Die Hamburger Unternehmen müssen bei ihren Bemühungen unterstützt werden, neue Technologien in ihren Betrieben zu entwickeln und anzuwenden. Nur so können neue Arbeitsplätze im Rahmen einer gesunden, zukunftsorientierten Wirtschaft geschaffen und langfristig gesichert werden.

Insbesondere zur Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen ist erforderlich:

- eine wirksame Unterrichtung über die bereits vorhandenen staatlichen Förderungsmöglichkeiten im Bereich von Forschung und Entwicklung;
- Schaffung eines Technologiecenters als ständige Einrichtung zur Beschleunigung der Umsetzung neuer Verfahrenstechniken;
- nachhaltige Erhöhung der staatlichen Fördermittel in Hamburg für die Einführung neuer Technologien;
- Abbau der Benachteiligung Hamburgs bei der Vergabe der Forschungsmittel des Bundes.

ENERGIERESERVEN NUTZEN

Die Sicherheit der Arbeitsplätze hängt entscheidend vom Wachstum unserer Wirtschaft ab - und das wiederum von ausreichender und preiswerter Energie. Da wir auch auf ausländische Energielieferungen angewiesen sind, müssen wir mit Energie rationell umgehen.

Unsere Ziele:

- konsequente Nutzung aller Energiereserven, insbesondere auch der bei der Stromerzeugung bisher ungenutzten Abwärme;
- verstärkte Anreize für Unternehmen und private Haushalte, elektrische Energie zu sparen;
- Entwicklung wärmesparender Bautechniken;
- planmäßige Errichtung des Kernkraftwerks Brokdorf;
- Freigabe höherer Kontingente für preiswerte Import-Kohle, um den Wettbewerbsnachteil Hamburgs auf dem Energiemarkt abzubauen und die ausgewogene Nutzung aller Energieträger zu fördern;
- zügige Lösung des Entsorgungsproblems: im nationalen wie im europäischen Verbund unter Berücksichtigung der besonderen Probleme, die mit der Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage und der Lagerung von Atommüll in der dicht besiedelten Bundesrepublik verbunden sind.

LEISTUNGSFÄHIGKEIT DES HAFENS STÄRKEN

Der Hamburger Hafen ist Mittelpunkt und Hauptträger des Hamburger Wirtschaftslebens. Er gibt mehr als 80.000 Menschen Beschäftigung.

Die CDU wird alles daran setzen, ihn im Vergleich zu anderen Nordseehäfen wettbewerbsfähig zu erhalten. Nur so lassen sich die Arbeitsplätze im Hafen langfristig sichern.

Unser Förderungsprogramm sieht so aus:

- weiterer Ausbau des Hafens zum zentralen Containerhafen;
- Erweiterung des Angebots an Umschlagsanlagen für Spezialtransporte;

- Abbau der Vorrechte der staatlichen Hafen- und Lagerhaus AG sowie Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen wie bei privaten Hafenunternehmen;
- weiterer Ausbau der Programme zur Flutsicherung;
- gezielte Maßnahmen zum wertmäßigen und nicht nur zur mengenmäßigen Steigerung des Umschlags;
- gezielte Schwerpunktverlagerung auf solche Güter, die möglichst vielfältige Dienstleistungen im Vor- und Nachlauf erfordern.

MEHR PRIVATE INITIATIVE IM HAFEN

Der gute Ruf, den Hamburg dank der Leistungsfähigkeit vieler kleiner und mittlerer Unternehmen genießt, darf nicht durch ein Übergewicht staatlicher Betriebe und durch ständig neue Reglementierungen gefährdet werden. Neue Kontrollgremien - wie der Haferrat -, die nur den bürokratischen Leerlauf steigern, werden abgelehnt. Auch im Hafen muß die private Initiative endlich wieder den notwendigen Freiraum erhalten.

ZUKUNFTSCHANCEN DER JUNGEN GENERATION

Schluß mit den Experimenten in der Schulpolitik

Klassenfrequenzen senken

Sicherung der Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen

Mehr Ausbildungsplätze

Hilflos und ohne konstruktive Ideen steht der Hamburger SPD/FDP-Senat den Parteiideologen aus den eigenen Reihen gegenüber. Sie haben die Bildungspolitik als Agitations- und Experimentierfeld für systemverändernde Reformen erobert.

Statt der vom Senat immer wieder versprochenen Besserung hat sich die Situation in unseren Schulen, Hochschulen und in der Berufsausbildung sogar noch verschlechtert.

Wie sehr die SPD und die FDP auch in diesem Bereich versagt haben, verdeutlichen die folgenden Stichworte:

- Plan zur Einführung der Stufenschule und damit Zerschlagung der pädagogischen Kontinuität von Schullaufbahnen;
- Bau von unpersönlichen Mammutschulen, (wie in Steilshoop und Mümmelmannsberg) die vom Senat als "vorbildliche Modellschulen" gepriesen werden;
- besorgniserregende Mängel der reformierten Oberstufe;
- viel zu hohe Klassenfrequenzen, und das trotz zurückgehender Schülerzahlen;
- jahrelange Vernachlässigung von Haupt- und Berufsschulen;
- einseitige Bevorzugung der Gesamtschule und der integrierten Orientierungsstufe, Zerstörung bewährter Klassengemeinschaften;
- Abbau der Rechte von Eltern, Lehrern und Schülern;
- Numerus clausus an der Hamburger Universität in zahlreichen Studienfächern;
- zu geringe Zahl von Ausbildungsplätzen für unsere Schulabgänger.

All das kennzeichnet heute die Situation in der Hamburger Bildungspolitik.

S C H U L P O L I T I K

Für eine kontinuierliche Weiterentwicklung unseres gegliederten Schulsystems

BESTEHENDES SCHULSYSTEM
AUSBAUEN - KEINE IDEO-
LOGISCHEN EXPERIMENTE

Ziel der CDU ist eine Schule, die den unterschiedlichen Fähigkeiten und Neigungen der Schüler gerecht wird. Durch schulartbezogenen Unterricht müssen die Schüler ohne Streß und Angst gefördert, aber auch gefordert werden. Alle Experimente zu Lasten von Schülern und Eltern lehnen wir ab. Wir werden statt dessen das bestehende Schulsystem ausbauen und verbessern. Durch Konzentration auf diese Ziele setzen wir die Interessen der Schüler in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen. Ideologische Experimente lehnen wir ab.

Die CDU wird in ihrer Schulpolitik folgende Initiativen verfolgen:

- Bekämpfung der Mängel des schulischen Alltags;
- Nutzung des Rückgangs der Schülerzahlen und der dadurch freiwerdenden Lehrerstellen für eine deutliche Senkung der Klassenfrequenzen und des Unterrichtsausfalls (im Gegensatz zu SPD und FDP, die den Rückgang nutzen wollen, um ihre Stufen- und Gesamtschulpläne durchzuführen);
- Verbesserung der Lehrinhalte - so soll der Unterricht wieder praxisbezogener werden. Dieses gilt insbesondere für die Hauptschule;
- Stärkung der Mitspracherechte der Eltern, Lehrer und Schüler bei Einrichtung von Schulversuchen. Mitspracherechte der Eltern bei der Schulbuchauswahl;
- Erziehung unserer Schüler im Sinne unserer freiheitlich demokratischen Ordnung; eine einseitige politische Beeinflussung kann nicht länger hingenommen werden;
- Erziehung zum sozialen Verhalten in jeder Schulart als Vorbereitung auf das Leben in der Gemeinschaft.

MENGENLEHRE ABBAUEN

Lesen, Rechnen und Schreiben müssen wieder selbstverständliche Fähigkeiten aller Hamburger Schüler werden.

Der Unterricht in Mengenlehre ist auf die älteren Jahrgänge in der Realschule und im Gymnasium zu beschränken.

VORSCHULERZIEHUNG IM KINDERTAGESHEIM

Die CDU wird sich verstärkt für die Vorschulerziehung unserer Kinder einsetzen. Ihr Ziel ist: (in enger Zusammenarbeit mit den freien Trägern) eine freiwillige Vorschulerziehung in Kindertagesheimen für die Fünfjährigen.

Vorschulerziehung als vorgezogenes Grundschuljahr lehnen wir ab.

GRUNDSCHULE

Oberstes Gebot ist die Senkung der Klassenstärken:
Keine Klasse darf mehr als 25 Schüler haben.

In diesem Zusammenhang lehnen wir die im Schulgesetz verankerte Regelung ab, daß bereits auf das Verlangen einer Minderheit von Eltern in einem Wohngebiet eine integrierte Gesamtschule eingerichtet werden muß. Hier werden ideologische Vorstellungen einer Minderheit vor den Interessen einer Mehrheit von Eltern durchgesetzt, die ihre Kinder weiterhin zu den bewährten Schulen schicken möchten.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß gerade die Mehrheit von Eltern nicht ihres Rechtes beraubt wird.

Am Ende der vierten Grundschulklasse wählen die Eltern nach Beratung durch die Lehrer die weiterführende Schule für ihr Kind aus. Das Gutachten der Grundschule zeigt dabei Wege auf, die den Neigungen und Fähigkeiten des Kindes entsprechen.

BEOBACHTUNGSSTUFE - AUCH FÜR DIE REALSCHULE

Ein CDU-Senat wird eine besondere Beobachtungsstufe für die Realschule einführen. Dadurch soll für unterschiedlich begabte Kinder schon frühzeitig ein ausreichend differenziertes Angebot bereitgestellt werden.

Die von SPD und FDP favorisierte integrierte Orientierungsstufe lehnen wir ab. Sie kommt einer 6-jährigen Grundschule gleich, gegen die die Hamburger Wähler schon einmal gestimmt haben. Wir sind unverändert dagegen, weil zwei weitere Jahre alle Kinder denselben Unterricht erhalten und unnötig unter- oder überfordert werden. Die Einrichtung einer integrierten Orientierungsstufe wird von SPD und FDP vor allem als erster Schritt auf dem Wege zur Gesamtschule betrieben.

HAUPTSCHULE IST HAUPTSACHE

Auch die Situation an den Hamburger Hauptschulen ist gekennzeichnet durch

- zu hohe Klassenfrequenzen,
- Unterrichtsausfall,
- unvernünftige Verwissenschaftlichung.

Die CDU wird dafür sorgen, daß diese Mängel der Hauptschule vorrangig abgebaut werden.

Wir wollen

- die deutliche Senkung der Klassenstärken, um eine persönliche Zuwendung des Lehrers zu ermöglichen;
- die Stärkung des Klassenlehrerprinzips, da besonders Hauptschüler feste Bezugspersonen brauchen;
- eine Änderung der Inhalte und Methoden der Hauptschule, um die Verwissenschaftlichung der Hauptschule abzubauen;
- daß die Beherrschung der Grundfertigkeiten wie Lesen, Rechnen und Rechtschreibung wieder selbstverständlich werden;
- eine praxisnahe Lehrerausbildung, die bereits im Kontakt zur Hauptschule gestaltet werden muß.

FAMILIENERZIEHUNG FÜR JUNGEN UND MÄDCHEN

Um die Erziehung zur Partnerschaft von Mann und Frau zu fördern, muß rechtzeitig mit der Vorbereitung der Jugendlichen auf die Aufgaben in Haushalt, Ehe und Familie begonnen werden.

KEINE ZERSTÖRUNG DES GYMNASIUMS

Während SPD und FDP das Gymnasium auflösen wollen (Abtrennung der Beobachtungsstufe, eigenständige Oberstufenzentren), setzt sich die CDU für ein durchgängiges Gymnasium von Klasse 5 bis Klasse 13 ein. Seine Beseitigung durch "Integration" in Gesamt- oder Berufsschule lehnt die CDU ab.

Das Gymnasium hat seine Leistungsfähigkeit bewiesen und soll auch in Zukunft durch einen theorie- und wissenschaftsorientierten Unterricht zu Abitur und Hochschulreife führen. Der Schulversuch "reformierte Oberstufe" hat sich nur zum Teil bewährt.

Den Abiturienten muß in der Oberstufe wieder eine breitere solide Grundbildung vermittelt werden. Verbindliche Unterrichtsfächer müssen Deutsch, Mathematik, Geschichte, eine Fremdsprache und eine Naturwissenschaft sein. Diese Kernfächer sollen in festen Lerngruppen während der gesamten Oberstufe unterrichtet werden, damit das Abitur auch weiterhin die allgemeine Hochschulreife vermitteln kann und seine internationale Anerkennung nicht - wie es zur Zeit der Fall ist - gefährdet wird.

SONDERSCHULEN -
CHANCE FÜR BEHINDERTE

Die Sonderschulen haben jahrelang im Schatten gestanden. Gerade zu einem Zeitpunkt, in dem Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze knapp sind, muß der Senat sich der Sonderschüler besonders annehmen.

Die CDU wird deshalb die Verbesserung der Sonderschulen - insbesondere für Lernbehinderte - zu einem Schwerpunkt machen und die bestehenden Mißstände durch Erhöhung der Lehrerzahl beseitigen. Dadurch werden die Klassenfrequenzen gesenkt; dringend benötigte Förder- und Therapiestunden können häufiger erteilt werden.

Behinderte Schüler, die in Sonderschulen ausgebildet werden, sollen soweit wie möglich in die normalen Schulen integriert werden, um ihre soziale Randstellung abzubauen.

MEHR DEUTSCHKURSE FÜR
UNSERE AUSSIEDLERKINDER

Durch die minderheitenfeindliche Politik der Ostblock-Regierungen ist es den meisten Aussiedlerkindern nicht möglich gewesen, deutsche Schulen zu besuchen. Es ist unsere Pflicht, ihnen zu helfen: Damit sie zunächst einmal die deutsche Sprache erlernen und das allgemeine Rüstzeug erlangen, um sich in unserer modernen Gesellschaft zurechtzufinden.

UNTERSTÜTZUNG FÜR KINDER
AUSLÄNDISCHER ARBEITNEHMER

Eine bessere Förderung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer im deutschen Schulwesen muß erreicht werden. Dazu sind verstärkt Deutschkurse für Kinder ausländischer Arbeitnehmer auch im Vorschulalter einzurichten.

RADIKALE DÜRFEN NICHT
LEHRER UNSERER KINDER SEIN

Grundgesetz und Beamtenrecht verlangen, daß nur verfassungstreue Lehrer eingestellt werden.

Die CDU wird verhindern, daß Kommunisten und andere Extremisten als Lehrer unserer Kinder unterrichten dürfen.

Schulbücher, Lehrpläne und Unterrichtsveranstaltungen dürfen nicht zur Agitation mißbraucht werden.

LEHRERAUSBILDUNG

SPD und FDP versuchen mit Hilfe der Lehrerausbildung, die von ihnen gewollte Entwicklung des Schulsystems durchzusetzen.

Die CDU wird daher die Stufenlehrerausbildung stoppen. Für unser gegliedertes Schulsystem ist nur eine entsprechend sinnvoll differenzierte Lehrerausbildung geeignet.

B E R U F S B I L D U N G

VORRANG FÜR
BERUFLICHE BILDUNG

Die berufliche Bildung ist in Hamburg jahrelang vernachlässigt worden. Die notwendigen Berufsschulen sind nicht gebaut worden. Die vereinbarte Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieb war nicht immer gewährleistet. Der Unterrichtsstoff der Schulen entspricht deshalb nicht immer den praktischen Anforderungen im späteren Berufsleben.

MEHR AUSBILDUNGSPLÄTZE
SCHAFFEN

SPD und FDP haben das bewährte duale System in Frage gestellt und durch unqualifizierte Angriffe und schlechte bürokratische Regelungen (Ausbildungsplatzförderungsgesetz, überzogene Ausbildungsordnungen) Ausbildungsplätze gefährdet.

Ein CDU-Senat wird über den Bundesrat auf die Beseitigung dieser ausbildungshemmenden Vorschriften dringen. Angesichts der starken Jahrgänge hat für uns die Schaffung neuer Ausbildungsplätze höchsten Vorrang. Jeder Jugendliche muß eine Ausbildungschance erhalten.

Die CDU will durch eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Schule, Betrieb und überbetrieblicher Einrichtung für jeden Jugendlichen in Hamburg eine solide Berufsausbildung garantieren. Dies ist aber nur zu erreichen, wenn die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und Verwaltungen gestärkt wird und neue Betriebe für die Ausbildung gewonnen werden.

MEHR FACHUNTERRICHT

Die CDU will den Fachunterricht in den Berufsschulen wieder in den Mittelpunkt stellen. Der Politikunterricht muß verschärft und gekürzt werden. Nur qualifiziertes Fachwissen sichert den Arbeitsplatz. Dazu gehört auch die Verbesserung der personellen Situation.

ARBEITSLEHRE

Eine bessere Vorbereitung auf die Berufswelt ist besonders für Haupt- und Realschüler notwendig. Das Fach "Arbeitslehre" muß endlich durch Lehrplangestaltung und Lehrerausbildung an Hamburgs Schulen Wirklichkeit werden.

BERUFSGRUNDBILDUNGSJAHR	<p>Durch ein praxisorientiertes Berufsgrundbildungsjahr sollen die Jugendlichen in die Berufswelt eingeführt werden. Die zur Zeit bestehenden Anrechnungsvorschriften haben sich nicht bewährt. Sinnvoll ist die Anrechnung eines halben Jahres auf die Ausbildungszeit für die Absolvierung des Berufsgrundbildungsjahres. Besonders erfolgreiche Auszubildende können ihre Ausbildungszeit noch um ein weiteres halbes Jahr am Ende der Ausbildung verkürzen.</p> <p>Ein zehntes allgemeinbildendes Pflichtschuljahr löst nicht die Probleme der Hauptschule und ihrer Schüler.</p>
WERKKLASSEN	<p>Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß muß angesichts knapper Ausbildungsplätze besonders geholfen werden. Sie sollen mindestens eine einjährige Werkklasse besuchen und anschließend vereinfachte Ausbildungsgänge. Dadurch wird auch ihnen ein Berufsabschluß ermöglicht.</p>
BERUFSSCHULUNTERRICHT	<p>Nach Absprache zwischen Betrieb und Schule muß die Unterrichtszeit den Bedürfnissen der verschiedenen Berufsfelder angepaßt werden. Pauschale Entscheidungen für den Blockunterricht oder eine bestimmte Blocklänge gefährden Ausbildungsplätze.</p>
ÜBERBETRIEBLICHE AUSBILDUNGSSTÄTTEN	<p>Zur Ergänzung der betrieblichen und schulischen Ausbildung haben sich überbetriebliche Ausbildungsstätten bewährt. Sie ermöglichen auch kleineren und Spezialbetrieben, zeitgemäß und umfassend auszubilden. Die CDU wird diese Einrichtung stärker fördern.</p>
AUSBILDUNGSPLÄTZE IN DER PRIVATEN HAUSWIRTSCHAFT	<p>Die Bedeutung der privaten Haushalte für die gesamte Volkswirtschaft ist allgemein anerkannt. Das Berufsbild der Hausfrau durch die Qualifikation als Hauswirtschaftsmeisterin muß gefördert und verbessert werden, um mehr Ausbildungsplätze in der privaten Hauswirtschaft zu schaffen. Steuerliche Nachteile anerkannter Lehrhaushalte müssen durch staatliche Zuschüsse ausgeglichen werden. Dieses ist bisher aus ideologischen Gründen an der SPD gescheitert.</p>

H O C H S C H U L E

ABBAU DER AKADEMIKER- ARBEITSLOSIGKEIT

Unser Ziel ist es, die Freiheit von Forschung und Lehre an der Universität wiederherzustellen und den Ausbau der Hochschulen unter den Gesichtspunkten der Leistungsfähigkeit und der Berufsaussichten zu betreiben.

Gegenwärtig werden mit Millionenaufwand Akademiker ausgebildet, die später keine Chance haben, einen entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten - und die nach Abschluß eines teuren und anstrengenden Studiums vor der Arbeitslosigkeit stehen.

Hochschulausbildung und Berufswelt müssen stärker als bisher aufeinander abgestimmt werden. Die CDU wird deshalb die vorhandenen Studienplätze in den einzelnen Fachbereichen ständig unter diesem Gesichtspunkt untersuchen.

AUFBAU VON BERUFSAKADEMIEN

Den Numerus clausus werden wir in den Fächern mit guten Berufsaussichten abbauen (z.B. in den medizinischen und technisch-naturwissenschaftlichen Fächern). Als Alternative zum Hochschulstudium errichten wir praxisverbundene Berufsakademien.

GESAMTHOCHSCHULE SCHAFFT KEINE NEUEN STUDIENPLÄTZE

Die CDU wird die Zerstörung der eigenständigen Hochschulen Hamburgs (durch Überführung in eine inhumane Gesamthochschule) verhindern. Sie lehnt die Mammothochschule ab, weil sie

- das wissenschaftliche Niveau unserer Hochschulen senken würde,
- keinen einzigen zusätzlichen Studienplatz schaffen könnte und
- unnötige Verwaltungsausgaben in Millionenhöhe für weitere bürokratische "Wasserköpfe" verursachen würde.

STUDIENZEITVERKÜRZUNG

Die Studienreform muß endlich in Angriff genommen werden, um eine sinnvolle Verbesserung und Straffung der Lehrinhalte zu erreichen. Die dabei entstehende Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeit würde die Schlange der wartenden Studenten abbauen helfen und die Kosten des Studiums senken.

REGELSTUDIENZEITEN

Regelstudienzeiten müssen maßgebend für die Gestaltung der Studienordnung sein. Sie müssen aber auch so flexibel sein, daß sie nicht die Möglichkeit nehmen, die Abschlußprüfung abzulegen. Weiterhin muß ihre Handhabung sozialgerecht sein.

DIE FREIHEIT VON FORSCHUNG UND LEHRE WIEDERHERSTELLEN

Die Unterwanderung der Hochschulen durch extremistische Hochschullehrer muß gestoppt werden. Die Universität darf kein rechtsfreier Raum für Verfassungsfeinde und Gewalttäter sein.

Die Forschung darf nicht durch Überfüllung der Universität gelähmt werden. Für wissenschaftlichen Nachwuchs müssen besondere Förderungsprogramme eingerichtet werden.

HOCHSCHULZUGANG REFORMIEREN

Die CDU hält das von SPD und FDP favorisierte Losverfahren für völlig ungeeignet. Es gibt nichts Ungerechteres und Verantwortungsloseres, als das Los über Lebensschicksale entscheiden zu lassen.

Deshalb setzen wir uns für ein leistungsbezogenes Zugangsverfahren zu den Hochschulen ein, das sowohl das Abiturzeugnis als auch Tests und geeignete Berufserfahrung berücksichtigt. Gerade angesichts der langen Warteschlangen bedeutet jeder Studienplatz für seinen Inhaber auch eine hohe Verantwortung. Wer seinen Studienplatz zu Störungen und Gewaltaktionen mißbraucht, verliert ihn zugunsten eines Wartenden.

JUGEND UND FAMILIE

Das fünfte Rad am Wagen der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung heißt im SPD/FDP-Senat Familien- und Jugendpolitik. Sie spielt lediglich eine untergeordnete Rolle.

Die CDU wird dafür sorgen, daß die Familie, daß unsere Kinder und Jugendlichen nicht länger Stiefkind der Hamburger Politik sind.

ERZIEHUNG IN DER FAMILIE

Die Familie ist die erste und wichtigste Erziehungsgemeinschaft für das Kind. Persönlichkeitsentfaltung, Gemeinschaftsempfinden und die Vermittlung von Grundwerten hängen vor allem von der Erziehung in der Familie ab. Die Erziehung der Kinder ist ein natürliches Recht der Eltern, das nicht vom Staat und der Gesellschaft eingeengt werden darf, wie sozialistische Ideologen es fordern.

SELBSTÄNDIGKEIT DER FAMILIE ERHALTEN

Die CDU will die Selbständigkeit - auch der kinderreichen Familie - erhalten. Wir werden diesen Familien helfen und dafür Sorge tragen, daß die Bereitschaft von Eltern, Kinder zu haben und großzuziehen, nicht zu sozialem Abstieg führt.

Deshalb ist es unser Ziel, auch die Hilfen für junge, insbesondere für Familien mit mehreren Kindern sowie für alleinstehende Elternteile zu verbessern.

GLEICHBERECHTIGUNG DER FRAU VERWIRKLICHEN

Die volle Gleichberechtigung der Frau ist immer noch eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Die Frau muß endlich den Platz erhalten, der ihre Gleichberechtigung sichert und zugleich ihren besonderen Lebenslauf berücksichtigt.

Mann und Frau tragen gemeinsam Verantwortung und vereinbaren gleichberechtigt ihre Aufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft.

Die CDU wird die Voraussetzungen für diese Wahlfreiheit schaffen. Die von der CDU geforderte Partnerrente ist ein Schritt auf diesem Wege, der in allen gesellschaftlichen Bereichen, in der Bildungs-, der Wirtschafts-, Familien- und Sozialpolitik, aber auch im öffentlichen Dienst weitergegangen werden muß.

Die CDU sieht folgende familienunterstützende Maßnahmen vor:

- Für die Entwicklung der Kinder ist es von großer Bedeutung, daß sich ein Elternteil ganz um seine Kinder kümmern kann. Es muß verhindert werden, daß Kinder in Heimen landen; daß sie psychische Schäden davontragen oder gar in die Kriminalität abgleiten - nur weil sie ohne elterliche Zuwendung aufwachsen. Eine materielle Hilfe soll möglichst vielen Kindern in ihrem ersten Lebensabschnitt die elterliche Erziehung erhalten.

Die CDU wird sich daher beim Bund für ein Erziehungsgeld einsetzen, das es einem Elternteil ermöglicht, in dieser Zeit auf Erwerbstätigkeit zu verzichten.

ELTERNBERATUNG
VERBESSERN

- Verstärkte Eltern- und Familienberatung und eine Ausweitung der Elternbildung, um Erziehungsfähigkeit und Familienbewußtsein zu fördern.
- Hauptamtliche Erziehungsberatungsstellen müssen in ausreichender Zahl in allen Bezirken eingerichtet werden. Die langen Wartezeiten müssen abgebaut werden, damit dringende Hilfen geleistet werden können. Die Elterngruppenarbeit muß erweitert werden. Die Erziehungsberatungsstellen sind so auszustatten, daß eine Beratung und Behandlung Heranwachsender auch über 18 Jahre ermöglicht wird.

KINDERGÄRTEN

Zur Unterstützung der Familienerziehung wird die CDU in Zusammenarbeit mit den freien Trägern darauf hinwirken, daß alle Drei- bis Fünfjährigen, deren Eltern dieses wünschen, einen Platz in einem Kindergarten finden können. Um pädagogisch sinnvoll arbeiten zu können, ist eine Verkleinerung der Gruppen anzustreben.

Das Vorhaben von SPD und FDP, bereits die Fünfjährigen einzuschulen, lehnen wir ab, weil nachgewiesen wurde, daß die Förderung im Kindergarten für die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes geeigneter ist als ein weiteres vorgezogenes Grundschuljahr.

PFLEGEKINDER

Unsere besondere Hilfe und Sorge gilt den Kindern aus gestörten Familien, deren Eltern trotz unterstützender Maßnahmen zur Erziehung nicht in der Lage sind. Sie sollten möglichst Ersatzfamilien finden.

Maßnahmen zur Ausweitung von Pflegefamilien und deren begleitende Beratung sind zu verstärken. Die Vermittlung von Adoptionen muß beschleunigt werden.

Um den Familien behördliche Hilfen einheitlich und durchschaubar anbieten zu können, wird die CDU dafür sorgen, daß die Zersplitterung in der Arbeit der sozialen Dienste (Sozialarbeit/Sozialpädagogik) aufgegeben wird zugunsten einer fachlichen Zusammenfassung und verbesserter Arbeitsbedingungen.

KINDER- UND
JUGENDHEIME

Lediglich für gefährdete, geschädigte oder verhaltensgestörte Kinder und Jugendliche sind Heime unentbehrlich. Ziel unserer Jugendpolitik ist es, diesen Kreis möglichst klein zu halten. Die erforderlichen Heime werden wir so ausstatten, daß das Leben in ihnen der familiären Situation möglichst nahekommt. Es muß alles getan werden, um diesen benachteiligten Kindern und Jugendlichen, die keine starke Interessenvertretung haben, zu helfen.

JUGENDSCHUTZ

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die durch Drogen und Alkoholismus gefährdet oder von ihnen abhängig sind, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Maßnahmen des Senats in diesem Bereich sind unzureichend.

Die CDU wird alles Erforderliche tun, um Jugend-Alkoholismus und Drogenabhängigkeit wirksam zu bekämpfen und den Betroffenen zu helfen.

Jugendschutz bedeutet für uns insbesondere Beseitigung der Ursachen dieses Problems. Die vorbeugende Arbeit der hier tätigen Verbände und Organisationen ist dabei eine große Hilfe und wird von uns unterstützt werden.

Insbesondere werden wir auch die Arbeit in der außerschulischen Jugendarbeit für verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche unterstützen und die Hilfen gerade für arbeitslose Jugendliche verstärken.

SPIELPLÄTZE

Hamburg muß endlich ein Spielplatzgesetz schaffen, so wie es die CDU schon 1974 und 1976 in der Bürgerschaft eingebracht hat. Es schafft eine rechtliche Grundlage, damit öde, langweilige und hygienisch unzulängliche Spielplätze modern und pädagogisch sinnvoll umgestaltet werden und in den Wohngebieten eine ausreichende Zahl von Spielplätzen gebaut wird.

SPORT DIENT DER
GESUNDHEIT

Sport ist in seinen vielfältigen Erscheinungsformen aktive Gesundheitsvorsorge und ein wichtiger Bereich der sinnvollen Freizeitgestaltung.

DEN BREITENSPIELSPORT
FÖRDERN

Die bisherige Förderung des Breitensports und der Ausbau öffentlicher Sportstätten entsprechen in keiner Weise dem Bedarf der Hamburger Bürger. Sowohl im Schulsport als auch in der Unterstützung des Vereinssports hat der Hamburger Senat versagt.

Der Verfall vieler staatlicher und vereinseigener Sportstätten muß gestoppt werden. Die CDU wird daher Sportvereine und Sportverbände stärker fördern und sie bei der Erfüllung solcher Aufgaben unterstützen, die sie nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Dies gilt insbesondere für eine Entlastung bei den Platzbetriebskosten.

Dazu ist es zur finanziellen Absicherung erforderlich, daß Hamburg wie die anderen Nachbarländer endlich 50 Prozent aus den Überschüssen der Lotterie "Spiel 77" dem Sport zur Verfügung stellt.

Die Sportstättenplanung muß besser koordiniert, der Sportstättenbau erweitert werden. Dazu gehört auch, daß endlich ein langfristiges, bedarfsgerechtes Programm für den Sportstättenbau unter Berücksichtigung der alten Kerngebiete und der neuen Stadtteile geschaffen wird. Die Übungsleiter haben für den Breitensport in Hamburg eine Schlüsselrolle.

Der Sportunterricht muß in allen Schulformen, insbesondere auch in den berufsbildenden Schulen gefördert werden: durch den Bau funktionsgerechter Sportstätten, durch den Einsatz von ausreichend vorgebildeten Sportlehrern sowie durch eine stärkere Berücksichtigung in der Lehrplangestaltung, insbesondere um die zunehmenden Mängel in der Sportausbildung gerade in den Anfangsklassen zu beseitigen.

AUSBAU UND SICHERUNG UNSERES DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAATES

Aufgabe des Staates ist es, die öffentliche Sicherheit und den inneren Frieden zu gewährleisten. Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen hängen davon ab, ob der Staat diese Pflicht erfüllt.

In der Regierungsverantwortung stehende Politiker von SPD und FDP weichen dieser Aufgabe zunehmend aus - eine bedrohliche Entwicklung: Sie ziehen

SCHUTZ DES BÜRGERS VOR VERBRECHEN

aus den Erfordernissen der inneren Sicherheit nicht die notwendigen Konsequenzen; sie verhindern Gesetze, die der Polizei das rasche und wirksame Eingreifen erleichtern; sie verteidigen Bestimmungen, die der Justiz notwendige Instrumente zum Schutz der Gemeinschaft, zum Kampf gegen Gesetzesbrecher aus der Hand nehmen.

In Hamburg haben die Gewaltverbrechen besorgniserregend zugenommen. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote gesunken. Ein besonders ernstes Problem: die erhebliche Steigerung der Kriminalität von Kindern.

Aber nicht nur in diesem Bereich hat Hamburg eine traurige Spitzenstellung erreicht. Hamburg hat auch die mit Abstand geringste Steigerung der Ausgaben für die Sicherheit der Bürger in allen Bundesländern zu verzeichnen.

TERROR UND KRIMINALITÄT EINDÄMMEN

Durch die Zunahme von Gewalt und Terror wird die Freiheit des einzelnen schwerwiegend eingeengt. Unser Rechtsstaat gerät in Gefahr, wenn diese Probleme nicht gemeistert und die Sicherheit des Bürgers nicht garantiert werden können.

In den letzten Jahren sind die Aufgaben der Polizei ständig gewachsen. Terror und Kriminalität von Radikalen zwingen täglich zum Einsatz von mehreren Hundert Polizeibeamten im Personen- und Objektschutz. Trotz der Fülle dieser neuen Aufgaben hält Hamburg einen weiteren Rekord. Es hat im Vergleich zu anderen Bundesländern mit weitem Abstand die niedrigste Steigerungsrate an Polizeikräften der letzten Jahre.

JECH KLEINERE UND MITTLERE STRAFTATEN VERFOLGEN

Kriminal- und Schutzpolizei sind hoffnungslos überlastet. Trotz enormer Überstundenleistungen ist die Kriminalpolizei personell kaum noch in der Lage, kleinere und mittlere Delikte zu verfolgen, geschweige denn aufzuklären. Der Leidtragende ist der Bürger.

Durch die unzumutbare Überlastung und die ständigen organisatorischen Veränderungen ist die Stimmung unter den Polizeibeamten auf dem Nullpunkt angelangt. Der SPD/FDP-Senat steht den berechtigten Forderungen aller Polizeigewerkschaften und Personalräte hilflos gegenüber.

BÜRGERNÄHE DER POLIZEI WIEDERHERSTELLEN

Die Polizeireform hat im Bereich der Schutzpolizei keinen einzigen weiteren Beamten auf die Straße gebracht. Das Gegenteil ist eingetreten:

Die Zentralisierung hat zu längeren Wegen für die Streifenwagen geführt, Bürgernähe und Milieukennntnis der Polizei nehmen ständig ab. Vorbeugende Verbrechensbekämpfung ist bei der derzeitigen Personalmisere nicht mehr möglich.

Die CDU fordert deshalb:

- unverzügliche Maßnahmen für eine drastische Personalverstärkung bei Kriminal- und Schutzpolizei, damit Hamburgs Polizei wieder für Sicherheit und Ordnung sorgen kann;
- Verbesserung der Nachwuchswerbung bei der Polizei;
- mehr Fußstreifen in allen Teilen unserer Stadt;
- Einsatz von Polizeiposten als Kontaktstellen, die für kleinere überschaubare Wohnbezirke zuständig sind;
- Sicherung von Bürgernähe und Milieukennntnis bei Schutz- und Kriminalpolizei;
- Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Bürgern und Polizei;
- Verstärkung der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung und der Jugendschutztrupps;
- Dezentralisierung der Kripo in Kriminalitätsschwerpunkten unserer Stadt;
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und der Behörde für Jugend, Schule und Berufsbildung sowie der Sozialbehörde, damit die Maßnahmen gegen die Jugendkriminalität koordiniert werden können;
- Verstärkung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

Terrorismus und Spionage sind immer besorgniserregendere Herausforderungen unserer Sicherheitsorgane. Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Landes zu schützen. Für die Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe verdienen die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes unsere Anerkennung, unser Vertrauen und vor allem die notwendige Rechtssicherheit.

VERFASSUNGSSCHUTZ

SPD und FDP haben ein Gesetz über den Verfassungsschutz verabschiedet, das die Leistungsfähigkeit der Sicherheitsorgane im Kampf gegen Spione und Terroristen ernsthaft beeinträchtigt. Die CDU hat dieses Vorhaben abgelehnt. Sie wird Terrorismus, politischen Radikalismus und Spionage wirkungsvoller und entschiedener bekämpfen, als es bisher geschehen ist.

Wir werden dafür Sorge tragen, daß der Hamburger Verfassungsschutz seine Aufgabe in Zukunft wirkungsvoller wahrnehmen kann.

ARBEITSFÄHIGKEIT DER JUSTIZ VERBESSERN

Durch die verfehlte Politik unfähiger Justizsenatoren, durch jahrelange Versäumnisse und durch das Streichprogramm des Senats ist Hamburgs Justiz an den Rand ihrer Funktionsfähigkeit gebracht worden. Sie kann nach dem Urteil höchster hamburgischer Richter ihren Verfassungsauftrag nicht mehr voll erfüllen.

- Strafprozesse beginnen mit unververtretbaren Verspätungen.
- Beschuldigte müssen aus der Untersuchungshaft entlassen werden, weil ihnen innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist der Prozeß nicht gemacht werden konnte.
- Bei den Zivil- und Arbeitsgerichten muß der Bürger manchmal viele Jahre auf sein Recht warten.
- Durch die Überlastung der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte ist der Bürger gegenüber dem Staat fast schutzlos geworden.

Um die Funktionsfähigkeit der Justiz wiederherzustellen, wird die CDU eine Verkürzung der Prozeßdauer und eine schnellere Rechtsgewährung durchsetzen durch:

- vereinfachte Gerichtsorganisation,
- Rationalisierung der Gerichtsverwaltung,
- Entlastung der Richter und Staatsanwälte durch Hilfskräfte und durch den Einsatz technischer Hilfsmittel.

Die CDU wird sich durch Intervention im Bundesrat für eine Vereinheitlichung des Verfahrensrechts für alle Zweige der Gerichtsbarkeit einsetzen, um die Prozesse zu beschleunigen und dadurch den Rechtsschutz für den Bürger zu erhöhen.

GESETZESWIRRWAR
ÜBERSCHAUBARER MACHEN

Die Sprache der Gesetze muß wieder klarer und für den Rechtsuchenden verständlich werden. Die Zahl der Gesetze und Verordnungen darf nicht mit der gleichen Schnelligkeit wie bisher weiterwuchern. Die verschiedenen Rechtsbereiche müssen überschaubarer, die Verfahren vereinfacht werden.

Im Interesse größerer Gerechtigkeit und eines verbesserten Schutzes der Bevölkerung sind Straftäter beschleunigt anzuklagen.

Für einseitige ideologische Experimente in der Juristenausbildung darf es keinen Platz geben.

STRAFVOLLZUG
WIRKSAMER GESTALTEN

Die Situation des Strafvollzugs in Hamburg ist in erster Linie gekennzeichnet durch Konzeptionslosigkeit und Personalmangel: eine Gefahr für die Allgemeinheit. Das Hamburger Strafvollzugswesen beherrschte in den letzten Jahren die Schlagzeilen, Ausbrüche von Schwerverbrechern sowie Alkohol- und Rauschgiftexzesse in den Zellen sind keine Seltenheit.

RESOZIALISIERUNG IN
SICHEREN ANSTALTEN

Der SPD/FDP-Senat ist nicht in der Lage gewesen, das neue Strafvollzugsgesetz personell und damit auch inhaltlich auszufüllen. Die CDU hat immer wieder betont, daß das Ziel eines wirksamen Strafvollzugs nicht allein die Resozialisierung der Gefangenen sein darf, wie dies von der FDP/SPD vertreten wird, sondern daß auch die Sicherung der Allgemeinheit vor gefährlichen Straftätern berücksichtigt werden muß. Resozialisierung ist nur in sicheren Anstalten möglich.

Die CDU wird einen sicheren und sinnvollen Strafvollzug durchsetzen.

Sie fordert als Konsequenz des neuen Strafvollzugsgesetzes:

- Verstärkung der Sicherheit in den Strafanstalten, um die Voraussetzungen für einen modernen Strafvollzug zu schaffen;
- intensivere Vorbereitung der Beamten auf ihre Aufgabe, Sicherheit und Resozialisierung zu gewährleisten;
- als Voraussetzung eines wirksamen Erziehungsvollzuges eine Einweisungsanstalt. Sie soll für jeden Gefangenen eine Prognose für dessen weitere Entwicklung erstellen, damit die besserungsfähigen Straftäter von den nichtbesserungsfähigen getrennt werden können.

DEN ÖFFENTLICHEN DIENST
VOR VERFASSUNGSFEINDEN
SCHÜTZEN

Das Grundgesetz weist dem Öffentlichen Dienst eine besondere Aufgabe bei der Verwirklichung unserer freiheitlich demokratischen Rechts- und Verfassungsordnung zu.

Und wie sieht es in der Hansestadt aus? Die Zahl der Linksextremisten im Öffentlichen Dienst ist besorgniserregend gestiegen. Die SPD/FDP-Regierung weigert sich, Mitgliedern der DKP den Eintritt in den Staatsdienst zu verwehren. Der bestimmende Einfluß kommunistischer Gruppen in der Gewerkschaft "Erziehung und Wissenschaft" zeigt deutlich, welche Ausmaße die linksradikale Unterwanderung, insbesondere im Schul- und Hochschulbereich, bereits erreicht hat.

Eine CDU-Regierung wird dafür sorgen, daß in Hamburg nur solche Bewerber Zugang zum Öffentlichen Dienst erhalten, an deren Verfassungstreue und Bereitschaft zum aktiven Eintreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung keine Zweifel bestehen. Wer unser Grundgesetz bekämpft, wer einer Partei oder Organisation angehört, die unseren Staat bekämpft, ist ungeeignet für den Öffentlichen Dienst. Im Falle eines schon bestehenden Dienstverhältnisses rechtfertigen diese Tatbestände die Einleitung disziplinarer Maßnahmen und das Entfernen von Mitgliedern solcher Organisationen unter Wahrung der Grundsätze unseres Rechtsstaates aus dem Öffentlichen Dienst.

LEISTUNGSFÄHIGE
VERWALTUNG SICHERN

Leistungen des Staates für den Bürger erfordern eine bürgernahe und wirkungsvoll arbeitende öffentliche Verwaltung. Einstellung, Aufstieg und Aufgabenzuweisung im Öffentlichen Dienst sind ausschließlich nach Eignung und Leistung vorzunehmen.

KEINE PARTEIBUCH-
WIRTSCHAFT

Die CDU wendet sich gegen Parteibuchwirtschaft, Ämterpatronage und Machtverfilzung. Die öffentliche Verwaltung muß unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit organisiert und geführt werden. Dabei kommt einem kooperativen Führungsstil und der Delegation von Verantwortung große Bedeutung zu.

Die CDU wird die entstandenen kostspieligen bürokratischen Wasserköpfe in aufgeblähten Stäben beseitigen.

Die Reform des Öffentlichen Dienstes muß unter Wahrung der Grundsätze des Berufsbeamtentums endlich in Angriff genommen werden. Dabei geht es in erster Linie darum, Laufbahnsystem, Bezahlungssystem, Bewertung der zu erfüllenden Aufgaben und der persönlichen Leistung miteinander in Einklang zu bringen.

TEILZEITARBEIT -
CHANCE FÜR DIE FAMILIE

Der öffentliche Arbeitgeber muß wieder zum Vorbild werden. Die Teilzeitarbeit - besonders auch in qualifizierten Berufen - muß zu einer vollwertigen Beschäftigungsart neben der Vollzeitarbeit werden. Frauen und Männern wird dadurch die Möglichkeit geboten, Aufgaben in der Familie mit den ausserhäuslichen Berufsaufgaben zu verbinden.

MEHR DEMOKRATIE
IN DEN BEZIRKEN

Die Aufgaben der Hamburger Verwaltung müssen klarer gegliedert werden. Nur so kann die Bereitschaft der Bürger zur Mitwirkung und Mitgestaltung gefördert werden. Wir wollen den Bezirken ein Höchstmaß an eigenverantwortlicher demokratischer Selbstverwaltung übertragen. Auch SPD und FDP sprechen von einer Bezirksverwaltungsreform. Kurz vor der Bürgerschaftswahl haben sie nach langwierigem Gerangel endlich einen mangelhaften, völlig unzureichenden Gesetzesentwurf vorgelegt.

Die CDU dagegen hat bereits vor über zwei Jahren einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Rechte und Aufgaben der Bezirksverwaltungen sinnvoll entwickelt.

Wir treten ein für mehr Demokratie auf Bezirksebene. Künftig sollen den Bezirken Bezirksbürgermeister vorstehen, die nicht mehr wie bisher vom Senat bestimmt, sondern von den Abgeordneten der Bezirksversammlung gewählt werden. Die Fachbehörden des Senats sollen von regionalen Aufgaben entlastet werden, die den Bezirken übertragen werden.

Gleichzeitig wird die Möglichkeit des Senats, Entscheidungen an sich zu ziehen oder Weisungen zu erteilen, entscheidend eingeschränkt.

Die Bezirksämter werden an der Aufstellung von Haushalts- und Finanzplänen, die ihre Aufgaben betreffen, beteiligt. Die Bürgerschaft weist die Mittel den Bezirken direkt zu, um den Bezirken bei der Verwendung der Mittel mehr Freiheit, Gestaltungsmöglichkeit und Verantwortung zu geben.

DER ÄLTERE MENSCH -
UNSER MITBÜRGER

EINRICHTUNG VON
SOZIALSTATIONEN

SOZIALE GERECHTIGKEIT - DIENST AM MENSCHEN

Die Sozialpolitik des "sozialdemokratisch/liberalen" Senats ist unzureichend. Die Menschen geraten immer mehr in die Mühlen der Bürokratie, die Lösung sozialer Probleme bleibt dabei auf der Strecke.

Ziel unserer Sozialpolitik ist daher: die Stärkung der Eigenverantwortung und die Förderung privater Verantwortung für den Mitmenschen. Dabei wollen wir die Arbeit der freien Träger der Wohlfahrtsverbände, kirchlicher Organisationen und sonstiger Privatinitiativen vorrangig fördern.

Der Anteil der älteren Mitbürger in der Hamburger Bevölkerung wächst von Jahr zu Jahr. Ziel unserer Politik für den älteren Menschen ist es:

- die Voraussetzungen für einen sinnerfüllten Lebensabschnitt zu sichern;
- der Gefahr menschlicher und gesellschaftlicher Isolierung zu begegnen;
- die Fortführung der eigenständigen Lebensweise zu ermöglichen.

Was will die CDU tun?

Wir werden Nachbarschaftshilfe und private Initiativen anregen und fördern. Wir werden insbesondere die Träger der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Arbeit stärken, so u.a. bei

- der Errichtung von Alten-Tagesstätten,
- den zu verstärkenden Fahrdiensten für ältere Mitbürger,
- der Betreuung der Senioren innerhalb und außerhalb auch der staatlichen Altenheime.

Die CDU will:

- die Einrichtung von Sozialstationen (wie auch in anderen CDU-regierten Bundesländern, in denen Sozialbetreuung, Pflege und Betreuung insbesondere auch für alte Menschen in ihren Wohnungen geleistet wird, um ihnen den Umzug in ein Altenpflegeheim zu ersparen);

HAUSHALTSHILFE-
PROGRAMME

- den Auf- und Ausbau eines Haushaltshilfeprogramms mit Mittagstisch, Pflege, Wasch- und Reinigungsdiensten. So können ältere Mitbürger so lange wie möglich eigenständig in ihren vertrauten Wohnungen leben.

Dabei sollen insbesondere Zivildienst Leistende für diese Aufgaben mit herangezogen werden.

ALTENGERECHTE WOHNUNGEN

- die Einrichtung von altengerechten Wohnungen in der vertrauten Umgebung gewachsener Stadtteile, um der Isolation der älteren Mitbürger entgegenzuwirken;
- die Alten- und Pflegeheime modernisieren und wohnlicher gestalten;
- die medizinische und pflegerische Betreuung verbessern;

VERBILLIGTE SENIORENKARTEN
FÜR ALLE RENTNER,
INSBESONDERE FRÜHRENTNER

- die Einführung verbilligter Seniorenkarten für öffentliche Verkehrsmittel, und zwar für alle Rentner, also auch für Frührentner;
- außerdem vergünstigte Freizeitprogramme zur Erschließung des Kultur- und Freizeitangebots sowie die Ausweitung spezieller Angebote der Volkshochschulen und anderer Bildungseinrichtungen.

Mit diesen Maßnahmen würde die Teilnahme der Rentner und Frührentner am gesellschaftlichen Leben nachhaltig gefördert werden.

DER BEHINDERTE -
UNSER NÄCHSTER

Die geistig und körperlich Behinderten sind im besonderen Maße auf die Unterstützung durch ihre Mitmenschen angewiesen. Private Einrichtungen und Initiativen sind besonders gut geeignet, diesen Mitbürgern zu einem integrierten Leben in der Gemeinschaft zu verhelfen. Ihre Arbeit ist daher zielstrebig zu stärken und durch Maßnahmen im öffentlichen Bereich zu unterstützen und zu erleichtern.

Das bedeutet für die CDU:

- Früherkennung von Behinderungen und die Entwicklung entsprechender Behandlungsmethoden müssen intensiviert werden;
Behandlungszentren für behinderte Kinder und Jugendliche müssen in unserer Stadt entstehen.

- Schulische und berufsbildende Einrichtungen - speziell für die Belange von Behinderten - müssen verbessert, Werkstätten und Wohnheime für jugendliche und erwachsene Behinderte müssen ausgebaut werden.
- Die öffentlichen und privaten Arbeitgeber müssen ihre Beschäftigungspflicht gegenüber den Behinderten voll erfüllen.

Die Hamburger CDU setzt sich dafür ein,

- daß mehr bedarfsgerechte Wohnungen für Behinderte geschaffen,
- architektonische Hindernisse in der Bau- und Stadtplanung abgebaut, (dies gilt auch für den Bereich des öffentlichen Nahverkehrs)
- die Fahrdienste für Behinderte unter Beteiligung der freien Träger intensiviert und verbessert werden.

FLÜCHTLINGE UND AUS-
SIEDLER - HAMBURGS
NEUE BÜRGER

Die nach Hamburg kommenden Aussiedler können und dürfen von uns erwarten, daß wir ihnen bei der Eingliederung in die neue Umgebung besonders helfen.

Für die CDU ist dies eine Aufgabe von großer Dringlichkeit und Verantwortung. Unser Konzept sieht vor:

- Hilfen bei der Eingewöhnung in die neue Umgebung,
- intensivierte Sprachschulung der Kinder, der jugendlichen und besonders auch der erwachsenen Aussiedler,
- Hilfen zum Zurechtfinden in der Arbeitswelt,
- Unterstützung der freien Wohlfahrtsverbände und Organisationen, die sich der Betreuung und Eingliederung annehmen.

BEDARFSGERECHTE GESUNDHEITSPOLITIK

Auch das Gesundheitswesen in unserer Stadt ist zum Experimentierfeld linker Ideologen geworden. Sie wollen auf Kosten der freien Träger mehr staatlichen Einfluß auf unser Gesundheitswesen.

KEINE IDEOLOGISCHEN
EXPERIMENTE - KEINE
STAATSMEDIZIN

Die verschiedenen Krankenhausbedarfspläne zeugen von der Hilflosigkeit und Konzeptlosigkeit des Senats. Eine Öffnung der Krankenhäuser für die allgemeine ambulante Behandlung betrachten wir als einen bedenklichen Schritt zur Verstaatlichung des Gesundheitswesens; als einen Schritt, der den Patienten nur schaden würde.

Die CDU wird sich allen ideologisch begründeten Versuchen zur Stärkung des staatlichen Einflusses im Krankenhauswesen energisch widersetzen. Sie bejaht auch im Gesundheitswesen die Eigenverantwortlichkeit. Ein von der CDU geführter Senat wird sich dafür einsetzen, daß sich der Staat im Gesundheitswesen auf seine gesetzlichen Aufgaben beschränkt.

STRUKTURVERBESSERUNG
DER KRANKENHÄUSER

Die CDU wird eine vernünftige Strukturverbesserung der bestehenden Krankenhäuser veranlassen. Die freigemeinnützigen Krankenhäuser müssen stärker ausgebaut werden und auch Zentralversorgungsaufgaben übernehmen.

SINNVOLLE KOSTENDÄMPFUNG

Weiterhin fordert die CDU eine größere Übersichtbarkeit der Kosten und Leistungen im Gesundheitswesen, um eine sinnvolle Kostendämpfung zu erreichen. Dazu muß die Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten und den Krankenhäusern verbessert werden.

Weitere Forderungen der CDU sind:

- eine an den bewährten gewachsenen Strukturen orientierte bedarfsgerechte Bettenplanung;
- eine intensivierete medizinische und pflegerische Betreuung;
- Nachsorge-Einrichtungen und Sozialstationen zur ambulanten Pflege;
- eine verbesserte Erstversorgung von Unfallpatienten in Krankenhäusern;
- qualitative Verbesserungen der Psychiatrie;

- ambulante Behandlung durch niedergelassene Ärzte und freie Arztwahl mit individueller Behandlung;
- die Erhaltung eines gegliederten Krankenversicherungssystems und Ablehnung einer Einheitsversicherung;
- Ausbau von Gemeinschaftspraxen, um Wartezeiten abzubauen und Kosten einzusparen (medizinisch-technische Zentren lehnt die CDU jedoch ab);
- Beibehaltung der ärztlichen Selbstverwaltung;
- weiterhin freie Krankenhauswahl;
- verbesserte Erforschung und intensivere Bekämpfung der wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Ursachen von Krankheiten;
- Ausbau des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz und im Wohnbereich;
- eine wirkungsvollere Gesundheitserziehung, vor allem in den Schulen.

WOHNEN IN EINER MENSCHLICHEN STADT

Das Wohnen in unserer Stadt muß attraktiver werden.

GESCHEITERTE WOHNUNGSBAUPOLITIK

- SPD und FDP haben auch im Wohnungsbau ihr Versprechen gebrochen: Sie haben in den letzten Jahren 8.000 Sozialwohnungen weniger gefördert, als seit 1974 zugesagt.
- In Hamburg entfallen nur 25 Prozent des öffentlich geförderten Wohnungsbaus auf den Bau von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen. Wesentlich weniger als in den anderen Bundesländern. Immer mehr Bürger unserer Stadt verlassen Hamburg, um sich in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen endlich den Wunsch nach einem Eigenheim zu erfüllen. SPD/FDP haben darauf keine Antwort.

- Durch unverantwortliche Gebührenerhöhungen des Senats sind die Mieten in Hamburg sprunghaft gestiegen. So erhöhten SPD und FDP die Kosten seit 1974:

Sielbenutzung	+ 128 Prozent
Wasser	+ 48 Prozent
Müll	+ 42 Prozent

Die Folge dieser unsozialen Politik:

Hamburg hat heute das höchste Mietenniveau in der Bundesrepublik. Auf die Wünsche vieler Bürger nach Wohnungseigentum weiß der Senat keine Lösung. Mit Wohnsilos auf der grünen Wiese, vielfach ohne die nötigen Zusatzeinrichtungen, konnte die Wohnungsnot in Hamburg nicht beseitigt werden. Die Modernisierung gewachsener Stadtteile wurde gleichzeitig vernachlässigt.

Die Folge dieser Versäumnisse von SPD und FDP war und ist eine anhaltende Stadtflucht, eine Abwanderung Hamburger Bürger ins Umland. Seit 1970 verlor die Hansestadt 100.000 Einwohner! Viele dieser Menschen arbeiten weiterhin an ihrem alten Arbeitsplatz, aber die Steuereinnahmen sind für Hamburg verloren.

Voraussetzung für eine Steigerung des Wohnwertes unserer Stadt ist eine neue Stadtplanung. Sie darf sich nicht länger an den Interessen der großen Wohnungsbaugesellschaften orientieren, sondern muß die Bedürfnisse des Hamburger Bürgers berücksichtigen.

Dazu gehört im einzelnen:

- Gewachsene Stadtteile müssen in ihrem Wohnwert erhalten werden. Wohnen, Arbeiten und Freizeit sollen dort in gleicher Weise möglich sein. Neubaugebiete sollen von Anfang an menschenfreundlich geplant und gebaut werden.
- In Steilshoop, Mümmelmannsberg, Osdorfer Born und in anderen Mammutsiedlungen muß eine bauliche Auflockerung angestrebt werden.
- Für ältere Menschen, Behinderte und kinderreiche Familien sind ausreichende, bedarfsgerechte Wohnungen in verkehrsgünstiger Lage zu bauen, damit die lebensnotwendigen Kontakte zur Umwelt, damit Freundschaften nicht unterbrochen werden.

WOHNSITUATION
IN HAMBURG

STADTPLANUNG

FÜR MEHR SOZIALEN
WOHNUNGSBAU

Die Mieten im sozialen Wohnungsbau müssen für alle in Frage kommenden Bevölkerungsschichten gerecht und angemessen sein. Daher muß das Förderungssystem im sozialen Wohnungsbau so gestaltet werden, daß

- die im bisherigen Förderungssystem vorprogrammierten Mietsprünge nachhaltig vermindert werden;
- die Förderung besser den sozialen Verhältnissen (z.B. bei kinderreichen Familien oder Behinderten) angepaßt wird;
- nur der förderungswürdige Personenkreis Sozialwohnungen bewohnen kann;
- die großen Baugesellschaften weniger öffentliche Fördermittel erhalten - zugunsten der Mieter oder Eigenheimerwerber, die mehr Wohngeld bekommen sollten.

ALTBAUSANIERUNG

Die Modernisierung und Sanierung des Hamburger Althausbestandes muß nach Ansicht der CDU gleichberechtigt neben dem Wohnungsneubau stehen.

- Einzelinvestitionen zur Modernisierung und Erneuerung sollen Vorrang vor den Maßnahmen der großen Wohnungsbaugesellschaften haben.
- Durch steuerliche Anreize sollen der Sanierungswille der Althaus-Eigentümer gefördert und gleichzeitig der Mietanstieg begrenzt werden.
- Bei der Sanierung muß sichergestellt werden, daß die Bewohner in ihren Quartieren wohnen bleiben können.
- Schwerpunkte der Stadtentwicklung müssen die rechtzeitige und ständige Erneuerung bestehender Altbaugebiete und die Verbesserung der Strukturen in gewachsenen Stadtteilen - insbesondere am Stadtrand - sein.
- Die Beteiligung der Bürger an Maßnahmen der Stadterneuerung und Stadtplanung muß gewährleistet werden. Freie Architekten sind an der Aufstellung von Bebauungsplänen zu beteiligen.

MEHR WOHNUNGSEIGENTUM
FÜR UNSERE BÜRGER

Ziel der CDU-Politik ist es, breit gestreutes Privateigentum an Grund und Boden und an Wohngebäuden - auch für einkommensschwächere Teile der Bevölkerung - zu schaffen. Wohnungseigentum gewährleistet persönliche Unabhängigkeit und wirtschaftliche Sicherheit. Es verhindert die Abwanderung von Mitbürgern und sichert die Lebensfähigkeit unserer Stadt.

Dafür ist erforderlich:

- die schnelle Erschließung und Aufteilung städtischer Grundstücke,
- Orientierung der Verkehrspreise für stadteigene Grundstücke an der unteren Grenze des Verkehrswertes,
- Verkauf stadteigener Wohnungen an die bisherigen Mieter zu fairen Bedingungen.

Eine Ankurbelung und Verstetigung der Baukonjunktur erfordert, daß die Hunderte von Millionen bewilligter, aber nicht ausgegebener Baufinanzierungsmittel durch erheblich flüssigere Planung und Durchführung öffentlicher Baumaßnahmen wesentlich schneller als bisher in der Bauwirtschaft zum Einsatz kommen. Beschleunigung der Bebauungsplan- und Baugenehmigungsverfahren tragen ebenso zur Ankurbelung der Bauwirtschaft bei.

KULTURELLE VIELFALT FÜR UNSERE STADT

Die Kulturpolitik des Senats war in den letzten Jahren durch politisch einseitig ausgerichtete Showveranstaltungen geprägt. Sie dienten weniger dem Bürger, sondern in erster Linie der durchsichtigen Effekthascherei der politisch Verantwortlichen.

KEIN KULTURKONFETTI

Statt die vorhandenen kulturellen Einrichtungen wirksam zu stärken und ihre Vielfalt zu erhalten wurde Steuergeld für "Kulturkonfetti" vergeudet.

KULTURELLE VIELFALT FÖRDERN

Staatliche Kulturpolitik hat jedoch nach Überzeugung der CDU die Verpflichtung, den Dialog und die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen geistigen Strömungen in der Kunst zu fördern. Alle Versuche, bestimmte Richtungen in der Kunst aus politischen und ideologischen Gründen zu bevorzugen, lehnt die CDU ab. Sie tritt insbesondere dafür ein, daß verfassungsfeindliche Agitation, die unter dem Deckmantel der Kunst erfolgt, nicht mit Steuergeldern gefördert wird.

KULTUR FÜR ALLE BÜRGER

Kultur muß allen Bürgern erschlossen werden und ihnen aktive Teilnahme ermöglichen. Deshalb treten wir für eine stärkere Förderung musischer Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten in schulischen und außerschulischen Einrichtungen ein.

THEATER

Die großen Hamburger Staatstheater werden auch in Zukunft ein Schwerpunkt staatlicher Kulturförderung sein.

Die hervorragenden Hamburger Privattheater müssen jedoch stärker als bisher an der Förderung beteiligt werden.

Vielfalt und Ausgewogenheit der Spielpläne und sparsame Wirtschaftsführung müssen sichergestellt sein.

MUSEEN

Der kulturellen Bedeutung der sechs großen Museen Hamburgs wird durch die Kulturpolitik des Senats nicht genügend Rechnung getragen. Die CDU wird ihre materielle Ausstattung zu Lasten spektakulärer Kulturveranstaltungen verbessern, um ihre große Sammlungstradition fortzuführen. Eine moderne Präsentation und Öffentlichkeitsarbeit soll ihre Schätze dann allen Kreisen der Bevölkerung zugänglich machen. Dies bedeutet auch, daß Berufstätige Gelegenheit haben müssen, unsere Museen abends zu besuchen.

Durch angemessene pädagogische Betreuung der Besucher wird die CDU dafür sorgen, daß in den Museen das Verständnis für unsere geschichtlichen Werte vermittelt wird.

MUSIKLEBEN

Die pädagogische Bedeutung der musikalischen Betätigung für Kinder und Jugendliche wird vom Senat seit langem nicht erkannt. Deshalb muß der Numerus clausus in der Jugendmusikschule abgebaut werden.

DENKMALSPFLEGE

Hamburgs Kontorhäuser, Landhäuser und Bürgerhäuser sind Kulturbauten, um die uns viele Städte beneiden. Der Bürgersinn der Hamburger hat bereits durch die private Restaurierung zum Erhalt vieler kulturhistorisch wertvoller Bauten beigetragen.

Die CDU wird die Erhaltung und Restaurierung der noch gefährdeten Bauwerke systematisch unterstützen.

Zur Pflege des Stadtbildes gehört auch die Kunst bei modernen Bauvorhaben. Durch sie wird der gesamten Bevölkerung die Chance gegeben, neben dem historisch Gewachsenen auch die Kunst unserer Zeit auf den Plätzen und Straßen zu erleben. Bei der Auswahl dieser Kunstwerke soll die Bevölkerung mitentscheiden können.

DER NDR MUSS
ÜBERPARTEILICH SEIN

Die oft politisch einseitig linksorientierten Programminhalte des Norddeutschen Rundfunks werden von der Hamburger CDU mit wachsender Sorge beobachtet. Diese Einseitigkeit verletzt den Programmauftrag und die Programmgrundsätze der öffentlich-rechtlichen Anstalt, die nicht einseitig einer politischen Richtung verpflichtet sein darf.

Wenn der NDR weiter gegen die Pflicht verstößt, Unparteilichkeit, Wahrheitstreue und Objektivität zu gewährleisten, muß ein neuer Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk abgeschlossen werden.

VERKEHRSPOLITIK FÜR DIE ZUKUNFT

Hamburg braucht eine bessere Koordinierung von Auto- und Schnellbahnverkehr, eine spürbare Entlastung der Wohnstraßen und eine Verbesserung des Ringstraßensystems.

Verstopfte Ausfallstraßen, Verschlechterung des Schnellbahnservices trotz Tarifierhöhungen, Stilllegung der Straßenbahnen ohne Schnellbahnersatz sind nur einige Beispiele für den Mißerfolg, der vom Senat betriebenen Verkehrspolitik.

Die einseitige Begünstigung des öffentlichen Nahverkehrs und die Autofeindlichkeit des SPD/FDP-Senats beeinträchtigen die Freiheit des einzelnen. Der Abbau von Parkplätzen in der Innenstadt und in Vorstadtzentren ist ein Beispiel dafür. Immer mehr Bürger bevorzugen es, ihr Auto zu benutzen, sowohl zum Einkauf als auch auf dem Wege zum Arbeitsplatz. Die Verkehrspolitik des Senats gibt darauf keine Antwort.

Immer noch warten wir auf die verkehrspolitischen Vorstellungen des Senats auf der Grundlage des von der CDU seit Jahren geforderten Generalverkehrsplanes.

Das Konzept der CDU:

Schnellstraßen sollen nur entstehen, wenn

- sie Wohngebiete vom Autoverkehr entlasten;
- sie keine unzumutbaren Belästigungen für größere Bevölkerungsteile mit sich bringen;
- sich ihre Kosten für Hamburg in vertretbaren Grenzen halten.

Deshalb treten wir für den Bau der Umgehung Langhorn als Teil der Osttangente ein.

Priorität hat der Nordteil im Anschluß an die Kieler Autobahn bis zum Jahning, um den totalen Zusammenbruch des Verkehrs in den Straßenzügen Langhorner Chaussee und Kollaustraße zu vermeiden.

Unsere weiteren Ziele für den Straßenbau:

- Die Erschließung des Süder-Elbe-Raums von Georgswerder bis Waltersdorf hat größere Priorität als ein dritter Elbtunnel. Daher sollte wegen der Dringlichkeit der Erschließung des Hafens- und Industriegebietes der Bau der Hafenslandstraße (südliche Querspange) bald in Angriff genommen werden.
- Die Kollaustraßen-Verbindung (nördliche Querspange) ist zur Bewältigung des Querverkehrs zur westlichen Umgehung mittelfristig notwendig.

KREUZUNGSFREIER SCHNELLVERKEHR

Zur reibungslosen Abwicklung des innerstädtischen Berufs- und Wirtschaftsverkehrs ist die Vervollständigung des Ringstraßenkonzeptes mit kreuzungsfreien Ausbauten notwendig.

BESTEHENDES STRASSENNETZ ERHALTEN UND VERBESSERN

Die Substanzerhaltung des vorhandenen Straßennetzes gewinnt zunehmend an Bedeutung. Straßenvorfall ist Verfall öffentlichen Vermögens und bedeutet Abbau der Verkehrssicherheit.

Die CDU wird sich daher verstärkt für die Erhaltung des bestehenden Straßennetzes einsetzen. Beim Ausbau von Straßen sind lärmindernde Beläge zu verwenden, um den regionalen Wohnwert zu bessern.

PARKPLÄTZE

Das Park-and-Ride-System hat sich bewährt. Deshalb spricht sich die CDU für den Ausbau dieses Systems zur weiteren Entlastung der Innenstadt durch den Berufsverkehr aus. Sie unterstützt den Ausbau der vorhandenen und die Einrichtung neuer Parkplätze an dafür geeigneten Schnell- und U-Bahn-Haltestellen in den Außenbezirken.

FUSSGÄNGER UND ÖFFENTLICHER VERKEHR

Fußgänger müssen besser und mit mehr Sicherheit als bisher ihre Stadt erleben können.

Dazu dienen:

- Fußgängerzonen in der City und in den regionalen Zentren, soweit dadurch die Attraktivität und Belebung erhöht werden kann, ohne daß eine vollständige Verdrängung des Kraftfahrzeugverkehrs stattfindet.
- Parkplätze an ihren Randbereichen und enge Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel. Sie müssen gewährleistet sein, damit Einkaufszentren ausreichend frequentiert werden;
- weitere Bedarfsampeln, insbesondere vor Schulen, Altenheimen, Krankenhäusern;
- der Ausbau von verkehrsberuhigten Zonen und Wohnstraßen.

ATTRAKTIVER NAHVERKEHR

Die Leistungen des Hamburger Verkehrsverbundes werden unter Einsatz des Betriebsmonopols gegenwärtig auf ein Minimum beschränkt.

- die City-S-Bahn wurde in den Abendstunden stillgelegt;
- Straßenbahnlinien werden ohne Schnellbahnersatz eingestellt;
- der Betriebsschluß der S-Bahn wurde ab Mitte 1977 um 20 Minuten vorverlegt, an Wochenenden sogar um 40 Minuten;
- außerdem wurden laufend die Fahrpreise erhöht.

Diese unsoziale Nahverkehrspolitik, die eindeutig zu Lasten der schlechter verdienenden Mitbürger geht, lehnt die CDU ab. Nahverkehrspolitik bei der CDU bedeutet:

- Keine Kosteneinsparung auf dem Rücken der Fahrgäste durch Abbau des Angebots, sondern Service-Verbesserung durch mehr Wirtschaftlichkeit und mehr Rationalisierung.

Das Versprechen des SPD/FDP-Senats, ein umfangreiches Neu- und Ausbauprogramm im Nahverkehr durchzuführen, ist an der weitgehend selbstverschuldeten Haushaltsmisere gescheitert.

Wir setzen uns für folgende Maßnahmen ein:

- zügiger Ausbau der begonnenen Schnellbahnstrecken wie der Harburg-Linie und der City-S-Bahn;
- Verlängerung der U-Bahn nach Niendorf/Schnelsen;
- Verlängerung der U-Bahn nach Mümmelmannsberg;
- keine Stilllegung der Straßenbahnlinie 2 nach Niendorf/Schnelsen bis zur Inbetriebnahme der neuen U-Bahn-Linie.
- Verbesserung des Informationssystems für den Autobusverkehr.

Alle Maßnahmen sind darauf gerichtet, die Attraktivität und die Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Nahverkehrs wiederherzustellen. Unvoreingenommen und ohne ideologische Scheuklappen muß untersucht werden, ob das Verkehrsangebot des Hamburger Verkehrsverbundes durch den Einsatz von Taxen zum Nahverkehrstarif in den Abend- und Nachtstunden verbessert werden kann.

UMWELTSCHUTZ

Die fortschreitende Industrialisierung und Technisierung unseres Landes darf nicht zu einem Raubbau an der natürlichen Umwelt führen und die Gesundheit künftiger Generationen bedrohen. Das Ausmaß der verschiedenen Umweltbelastungen in einem Ballungsraum wie Hamburg zwingt zu rechtzeitiger Vorsorge, aber auch zu einer besseren Koordinierung aller Maßnahmen und zu stärkerer überregionaler Zusammenarbeit.

SCHUTZ VOR LUFTVERSCHMUTZUNG UND LÄRMBELÄSTIGUNG

Eines der Hauptprobleme für Großstädte wie Hamburg ist die Luftverschmutzung durch Gewerbebetriebe, Heizungsanlagen und Kraftfahrzeuge. Darüber hinaus werden die Bürger durch Lärm (Hauptverkehrswege, Flugverkehr, Baulärm und Industriebetriebe) belästigt, der ihre Gesundheit beeinträchtigt.

Die CDU wird sich daher für Anwendung und Ausnutzung des technischen Fortschritts (insbesondere bei der Abgasreinigung) einsetzen. Sie wird lärmintensive Betriebe stärker überwachen, die Lärmschutzzonen erweitern und diese Überlegungen bei allen städtebaulichen Maßnahmen stärker berücksichtigen, als der Senat es bisher getan hat.

Wer Luftverschmutzung oder Lärmbelästigung außerhalb der zulässigen Höchstwerte verursacht, muß zur Beseitigung dieser Umweltbelastung herangezogen werden.

ABFALLBESEITIGUNG
UND WIEDERVERWENDUNG

Die CDU wendet sich gegen eine weitere Verschwendung von wichtigen und wiederverwendbaren Rohstoffen.

Daher sind wir gegen den Bau weiterer Müllverbrennungsanlagen, in denen unsere immer knapper werdenden Rohstoffe vernichtet werden.

Die CDU wird Mülldeponien und Müllbeseitigungsanlagen nur noch fördern, wenn Wiederverwertungsverfahren zur besseren Nutzung unserer Abfälle angewendet werden.

SOLIDE ÖFFENTLICHE FINANZEN

STAATSFINANZEN SANIEREN

Ziel unserer Finanzpolitik ist es, zu soliden Finanzierungsformen zurückzukehren, die finanzielle Handlungsfähigkeit wiederherzustellen. Nur auf der Grundlage gesunder und geordneter Staatsfinanzen kann eine Politik betrieben werden, die an den Interessen und Bedürfnissen der Bürger orientiert ist.

AKTIVIERUNG DES
STAATSVERMÖGENS -
STATT STEUERERHÖHUNGEN

Jetzt muß endlich die Umkehr erfolgen - nachdem SPD und FDP durch immer neue Steuern und Abgaben die Grenze dessen überschritten haben, was den Bürgern zugemutet werden kann.

Die CDU wendet sich gegen das erklärte Ziel der Hamburger SPD, den Staatsanteil am Volkseinkommen weiter auszudehnen. Solange der Staat überflüssiges Vermögen besitzt, das aus Steuergeldern angehäuft worden ist, wird die CDU keine Steuern erhöhen, sondern das öffentliche Vermögen für die Wahrnehmung wichtiger staatlicher Aufgaben einsetzen.

Unsere Alternative heißt:

Entstaatlichung und Verzicht auf politisch-ideologisch bedingte Maßnahmen.

Im einzelnen:

EIGENTUMSBILDUNG
STATT STAATSVERMÖGEN

- Auf Wunsch sollen Wohnungen und Reihenhäuser aus staatlichen Besitz an die bisherigen Mieter verkauft werden, und zwar zu fairen Bedingungen. Das fördert die Eigentumbildung und mobilisiert zusätzliche Finanzmittel für die Fortführung des sozialen Wohnungsbaus und die Modernisierung von Altbauwohnungen.

IDEOLOGISCHE AUSGABEN
STREICHEN

- Schluß mit Hamburgs Subventionen an die rote Universität Bremen. Dies spart dem Steuerzahler jährlich 3 Millionen DM.
- Streichung der Privilegien der Gesamtschule im Verhältnis zu den anderen Hamburger Schulen (in personeller und sachlicher Hinsicht). Dies spart mindestens 15 Millionen DM im Jahr - zusätzliche Finanzmittel für eine Verbesserung des Schulalltags.

BÜROKRATIE ABBAUEN

- Durch Einsparungen an der Spitze der Verwaltungen, bei den Planungsstäben und Presseferenten können mehrere Millionen Mark eingespart werden; ebenso bei der unnötigen und täuschenden Eigenwerbung des Senats.

STAATLICHE DIENSTLEISTUNGEN PRIVATISIEREN

- Wir werden alle vom Staat wahrgenommenen Aufgaben darauf überprüfen, ob sie nicht ebenso gut oder sogar wirtschaftlicher von privaten Trägern wahrgenommen werden können. So werden wir beispielsweise die staatliche Gebäudereinigung und die Wäschereien in den Krankenhäusern zum überwiegenden Teil privatisieren. Dabei wird es keine Entlassungen der derzeit Beschäftigten geben; es wird lediglich die natürliche Fluktuation ausgenutzt.
- Bei der HEW und der Landesbank treten wir für eine Begrenzung des Staatsanteils auf 51 Prozent ein. Die so mobilisierten Vermögenswerte von ca. 500 Millionen werden wir vorrangig für die Sicherung der Hamburger Arbeitsplätze einsetzen.

- Die Privatisierung des Hamburger Schlachthofes wird die Abdeckung des jährlichen Defizits in Millionenhöhe aus Steuermitteln überflüssig machen.
- Die Ausgliederung der Müllabfuhr aus der unmittelbaren staatlichen Verwaltung in eine selbständige Betriebseinheit vermeidet überflüssige Gebührenerhöhungen. Dasselbe trifft auch auf die staatliche Kfz-Reparatur zu.

Ein CDU-geführter Senat wird sich im Bund für eine ergebnisneutrale Steuerreform einsetzen, die die arbeitsplatzfeindliche Lohnsummensteuer sowie die Gewerbesteuer abbaut.

INDUSTRIEANSIEDLUNG VERSTÄRKEN

Die CDU setzt sich vor allem dafür ein, durch ein vertrauensvolleres Wirtschafts- und Ansiedlungsklima in Hamburg mehr Industrie und Gewerbebetriebe in Hamburg anzusiedeln. Auf diese Weise will sie dafür sorgen, daß die Hamburger Steuereinnahmen wieder kräftiger wachsen und genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Die CDU wird mit diesen Maßnahmen nicht nur das Fundament für die Verwirklichung ihrer politischen Forderung stellen, sondern auch dafür sorgen, daß die hohen staatlichen Schulden abgebaut werden. Bereits heute entfallen auf jede 4-köpfige Hamburger Familie 20.000,- DM Staatsschulden.

Unser Programm steht auf solidem finanziellen Fundament, weil es auf ideologische Tabus und politische Besitzstände keine Rücksicht nimmt.

Unser Programm mobilisiert die nötigen Finanzmittel für alle angekündigten Verbesserungen, ohne den Bürger durch Steuererhöhungen zur Kasse zu bitten.